Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N.-L.

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.
Amtliches Nachrichten-Blatt der Stadt Halbau.

Telegramme: Tageblatt Sorauniederlausitz
Postscheck-Konto: Nr. 954 Berlin NW. 7

Fernsprecher Nr. 22 und 37
Giro-Konto bei der Reichsbank

Erscheinungsweise: Täglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Abholung in unseren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezuge in unserer Geschäftsstelle 50 Reichspfennig, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspfennig Postzeitungsgebühr, durch den Briefträger ins Haus gebracht 36 Reichspfennig mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitseinstellung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes" oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllungs- und Gerichtsort ist Sorau N.-L.

Anzeigen: Die 8gespaltene Kolonelzeile im Anzeigenteil je Millimeterhöhe 9 Rpf. Im Reklameteil die 4gespaltene Kolonelzeile je Millimeterhöhe 35 Rpf. Für Anzeigen durch Fernsprecher aufgegeben 100% aber nicht mehr als 50 Rpf., für Anzeigen mit schwierigem Satz 25% und für Anzeigen, bei denen mehrere Firmen gemeinsam inserieren, 100% Aufschlag. Eine Gewähr für Richtigkeit kann bei telephonischer Aufgabe von Anzeigen nicht übernommen werden. Rabatt nach festem Tarif. Bei Zahlungsverzug und bei Konkursen erlischt jeder Anspruch auf denselben. — Anzeigenannahme bis 9 Uhr vorm., für größere Anzeigen ein Tag vor Erscheinen. — Erfüllungs- und Gerichtsort Sorau N.-L.

Nummer 65. Dienstag, den 18. März 1930. **120. Jahrgang**

Perspektiven.

Dr. Moldenhauer ist anscheinend noch nicht so „ministeriell" geworden, daß er ängstlich jedes seiner Worte wägt und aus lauter Sorge, zuviel zu sagen, mit vielen Worten lieber garnichts sagt. Der Reichsfinanzminister hat sich vielmehr bisher noch eine Unmittelbarkeit und Frische bewahrt, die ihn die Dinge auch dann aussprechen läßt, wenn er weiß oder wissen muß, daß sie unangenehm empfunden werden und auf Widerspruch stoßen. Und er hat diese Eigenschaft auch in seiner letzten Rede vor dem Ostasiatischen Verein in Hamburg ziemlich augiebig betätigt. Er hat sich nicht gescheut, mit aller Offenheit über die Versäumnis- und Erkenntnisfehler in der Finanzpolitik der letzten Jahre zu sprechen, er hat die Finanzpolitik der Gemeinden einer sehr bedeutsamen Kritik unterzogen, obwohl ihm gewiß nicht unbekannt ist, daß zum Teil die gleichen Kreise diese falsche Politik inauguriert haben, vor denen er in Hamburg sprach.

Hoffen wir, daß Dr. Moldenhauer sich diese goldene Rücksichtslosigkeit noch recht lange bewahrt! Denn sie ist einer der wertvollsten Teile aus der Mitgift, die er in das Reichsfinanzministerium mit eingebracht hat. Ohne Entschiedenheit und den ernsthaften Willen zum Durchgreifen kann nämlich kein Finanzminister die schweren Aufgaben meistern, die ihm in den nächsten zwei Jahren bevorstehen. Wenn aus der jetzigen Steuererhöhung nicht wieder ein Dauerzustand werden soll, der letzten Endes alle Sparmaßnahmen und alle notwendigen Reformen verhindert, dann muß der Kassensanierung ein zweiter Schritt, nämlich die grundlegende Reichsfinanzreform, unmittelbar auf dem Fuße folgen. Daß Dr. Moldenhauer für seine Person dazu entschlossen ist, daran zweifeln wir nicht einen Augenblick. Einstweilen muß es aber noch immer fraglich erscheinen, ob sein Optimismus auch hinsichtlich der Sozialdemokratie gerechtfertigt ist. Der bisherige Verlauf der Finanzbesprechungen hat hierüber noch keinen befriedigenden Aufschluß gegeben, und gewisse Auslassungen der sozialdemokratischen Presse lassen eher darauf schließen, daß die S. P. D. sich noch mit Händen und Füßen dagegen sträubt, unangenehme Verpflichtungen übernehmen zu müssen. Gerade deshalb ist es es auch durchaus begreiflich, daß namhaften Politikern in der eigenen Fraktion des Finanzministers und führenden Wirtschaftspersönlichkeiten das Finanzprogramm der Reichsregierung, wie es jetzt aus dem Reichsrat gekommen ist, nicht genügt, daß sie darin vielmehr nur wiederum einen Vorschlag sehen, „der nicht zielbewußt der Abstellung der wirtschaftlichen Nöte zu Leibe rückt, sondern weit mehr durch politische Rücksichten beengt ist".

Tatsächlich ist es wohl im wesentlichen die Sorge vor der politischen Unzuverlässigkeit der Sozialdemokratie, die die Volkspartei mit solcher Entschiedenheit auf ihren Forderungen und Verbesserungswünschen bestehen läßt. Das „Weimarer" Zwischenspiel hat zwar in der hinter uns liegenden Woche ein schnelles und unrühmliches Ende gefunden. Wer aber garantiert dafür, daß es sich nicht eines Tages wiederholt? Wäre die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Dogmatik nicht so wirtschaftsfremd, ja, man muß schon sagen, nicht so wirtschaftsfeindlich, so würde sich vielleicht sehr viel eher über das Ausmaß der notwendigen Steuererhöhung und den später unbedingt erforderlichen Abbau eine Verständigung erzielen lassen. Das ganze komplizierte System der parlamentarischen Sicherungen, mit denen die Steuersenkungsvorschriften für 1931 jetzt ausgestattet werden müssen, wäre überflüssig, wenn in der S. P. D. etwas mehr Willen zur Einsicht vorhanden wäre. Aus der Polemik der letzten Tage und Wochen muß man aber immer wieder den Eindruck gewinnen, daß die Linke ihre finanzpolitischen Fehler dadurch zu rechtfertigen wünscht, daß sie auf ihnen besteht. Mit diesem System der Vogel Strauß-Politik muß in der Tat endgültig Schluß gemacht werden. Die Perspektiven, die Moldenhauer in seiner Hamburger Rede eröffnet hat, sind zwar nicht gerade überrieben ausschtsreich, da das Blickfeld eben einstweilen doch noch sehr stark durch die Schwierigkeiten eines Uebergangsjahres eingeengt wird. Sie können aber ausreichen, um dem deutschen Volke, dem deutschen Steuerzahler, wieder die Kraft zu neuer Hoffnung zu geben, wenn einwandfrei feststeht, daß sie nicht wieder durch Winkelzüge versperrt werden.

Hierum geht also der Kampf, der nicht nur im Reich, sondern mindestens ebenso intensiv in den Ländern und Gemeinden zu führen ist. Und da halten wir für eine der wertvollsten Garantien, die man von der Sozialdemokratie unter allen Umständen verlangen muß, neben der Verpflichtung zur Senkung der Realsteuern, die Einführung einer festen Verwaltungsabgabe, der alle wahlberechtigten deutschen Staatsbürger gleichermaßen unterworfen sind.

Nur wenn so das Gleichgewicht zwischen steuerlicher Verantwortung und öffentlicher Ausgabenfreudigkeit wieder hergestellt ist, wird man von einer wirklichen und durchgreifenden Finanzsanierung reden können. Wie die Dinge im Einzelnen zu gestalten sind, das ist eine mehr technische Frage, die sich trotz der unleugbaren Schwierigkeiten mit den Ländern verhältnismäßig leicht lösen lassen dürfte. Wichtig aber ist vor allem das Prinzip, ohne dessen bindende Festlegung eine wirkliche Finanzreform gar nicht eingeleitet, geschweige denn durchgeführt werden kann.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag unterzeichnet.

Warschau, 17. März. Das deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen ist soeben in den Räumen des polnischen Ministerpräsidiums vom deutschen Bevollmächtigten, Gesandten Rauscher, und dem polnischen Bevollmächtigten, Minister Twardowski, unterzeichnet worden.

Nach der Unterzeichnung wurden die beiden Bevollmächtigten vom polnischen Ministerpräsidenten Bartel in Audienz empfangen, der ihnen seine Befriedigung über den Abschluß aussprach und die große Bedeutung des Aktes für die Normalisierung der deutsch-polnischen Verhältnisse betonte.

Im Zusammenhang mit der Unterzeichnung erschien ein halbamtliches Kommuniqué, das neben der Aufzählung der einzelnen Vertragsbestimmungen folgende Schlußbemerkungen enthält: Das heute unterzeichnete deutsch-polnische Wirtschaftsabkommen, das den Zollkrieg zwischen Polen und Deutschland beendet, wird die verfassungsmäßige Grundlage für die normale und für beide Seiten nutzbringende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern schaffen. Das Abkommen wird zu gleicher Zeit ein bedeutsames Element für die normale Gestaltung der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse in diesem Teile von Europa werden.

* * *

Gründung einer deutsch-polnischen Handelskammer.

Breslau, 18. März. (Radiodienst des „S. T.") Nachdem der Handelsvertrag mit Polen zum Abschluß gekommen ist, hat der im Mai 1927 gegründete deutsch-polnische Wirtschaftsklub mit dem Sitz in Breslau nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Wirtschaftsvertretungen seine Umwandlung in eine deutsch-polnische Handelskammer vollzogen. Die handelsgerichtliche Eintragung ist bereits erfolgt. Vorsitzender ist der Präsident der Industrie- und Handelskammer Breslau und Mitglied des Reichswirtschaftsrates Dr. ing. h. c. Grund. In der in Kürze einzuberufenden Generalversammlung soll die Festlegung des Tätigkeitsbereiches der neuen Handelskammer beschlossen werden. Der Vorstand wird erweitert insbesondere durch die Vertreter der Spitzenverbände und führende Persönlichkeiten aus dem Reich. Eine Zweigstelle ist inzwischen in Berlin errichtet worden.

Zaleski über das deutsch-polnische Wirtschaftabkommen.

Warschau, 18. März. (Radiodienst des „S. T.") Außenminister Zaleski gab in einem Interview, das er „Kurjer Polski" gewährte, seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Unterzeichnung des deutsch-polnischen Handelsvertrages noch vor der Annahme der Demission der Regierung durch den Staatspräsidenten erfolgt sei. Auf diese Weise habe er noch vor seinem Rücktritt an einer wichtigen Handlung teilnehmen können, die zur deutsch-polnischen Entspannung beitragen müßte.

Der Minister stellte im weiteren Verlauf der Unterredung fest, daß sich im vorliegenden Vertrage beide Staaten gleichwertige Zugeständnisse gemacht hätten. Nur ein solcher Vertrag sei real, der die Probe der Zeit bestehen könne. Wenn ein Vertrag einen Partner allzusehr bevorzuge, so werde er von kurzer Lebensdauer sein, da ihn die benachteiligte Seite bei nächster Gelegenheit aufkündigen kann. Die zu überwindenden Schwierigkeiten seien ungeheuer gewesen. Man hätte die Wünsche der Industrie und der Landwirtschaft in beiden Ländern mit einander in Einklang bringen müssen. Der Minister betonte, daß man hier seiner Auffassung nach eine gerechte Lösung dieses verwickelten Problems gefunden habe.

Der neue Reichswehretat.

Dreißig Millionen für Ostbefestigungen.

Berlin, 18. März. (Eigene Meldung.) Der Reichsfinanzminister hat nunmehr den Reichshaushaltsplan dem Reichsrat zugeleitet.

Wie wir erfahren, wird im Vorwort zum Haushalt des Reichswehrministeriums ausgeführt, daß sich die Forderung des Reichswehrministers bei der Beratung des vorjährigen Etats, es müsse sich hierbei um eine einmalige Kürzung handeln, nicht verwirklichen lasse. Es war nicht möglich, die Zuschuß-Summe von 707 Millionen des Jahres 1928 wieder zuzubilligen. Der Gesamtzuschuß für 1930 kann nur auf 700 Millionen Reichsmark bemessen werden. Das bedeutet für das Reichswehrministerium die Notwendigkeit, 35 Millionen einzusparen. Bemerkenswert ist, daß der Haushalt des Reichswehrministeriums die Vorbemerkung enthält: Die Reichsregierung hält hiernach weitere Abstriche nicht für möglich.

Für Maßnahmen zur Verbesserung der Landbefestigungen werden insgesamt 30 Millionen Reichsmark angefordert. Der angesetzte Betrag von 2,25 Millionen ist nur ein erster Teilbetrag. In der Erläuterung für diese Summe heißt es: Die geänderte Grenzführung des Reiches im Osten erfordert im Anschluß an die vorhandenen Befestigungsanlagen besondere Maßnahmen, die nach Abschluß der auf Grund der Pariser Abmachungen vom Januar 1927 eingeleiteten Ermittelungen nunmehr in Angriff genommen werden müssen. Irgendwelche Bemerkungen über das Panzerschiff B, Ersatz „Lothringen", finden sich im Etat der Reichsmarine nicht.

Und nun die Räumung.

Mit der Unterzeichnung der Young-Gesetze durch den Reichspräsidenten hat Deutschland die wichtigsten Vorbedingungen für das Laufen des Neuen Plans erfüllt, was noch übrig bleibt, sind Formalitäten. Die unterzeichneten Verträge müssen noch in Paris deponiert werden. Das kann aber erst geschehen, wenn auch die anderen Staaten ratifiziert haben. Für den ganzen Plan ist dazu notwendig die Annahme der Verträge durch die Parlamente von England, Italien und Frankreich — auf Japan ist wegen der zeitlichen und räumlichen Umständlichkeiten verzichtet worden. Dazu käme dann noch die „Ingangsetzung" der Internationalen Bank, die aber kaum vor dem 1. Mai erfolgen kann, nachdem die Schwierigkeiten in der Wahl des leitenden Präsidenten sich bisher nicht haben überwinden lassen.

In einem Punkte allerdings, der für uns ja in unserer Stellung zu dem Neuen Plan ausschlaggebend gewesen ist, in der Räumung, bedarf es der Mitarbeit der anderen Staaten nicht, dazu genügt die Annahme des Young-Plans durch das französische Parlament. Leider ist hier durch die wiederholten Ministerkrisen eine Verzögerung eingetreten, die vielleicht den Franzosen nicht einmal unbequem war, weil sie dadurch dem Deutschen Reichstag den Vortritt lassen konnten. Jetzt aber soll die Kammer die Beratung der Haager Abkommen in der letzten Märzwoche beginnen, und Tardieu hofft, in der zweiten Aprilwoche den ganzen parlamentarischen Kampf ausgefochten zu haben. Dann könnte auch die Ratifikation durch Frankreich erfolgen, der ursprünglich ins Auge gefaßte Termin wäre damit nicht inne gehalten. Immerhin erfolgt der Abschluß noch früh genug, um die im Haag vorgesehenen Räumungsfristen zu wahren.

Die französischen Nationalisten machen plötzlich Schwierigkeiten und verlangen auch die Unterschriften Englands und Italiens, die zwar für die Gültigkeit des Young-Plans selbst erforderlich sind, nicht aber für den Beginn der Räumung. Herr Tardieu hat im Haag dem deutschen Außenminister bestimmt zugesagt, daß hierfür nur die Unterschrift Deutschlands und Frankreichs notwendig sei.

Wenn also Mitte April die Unterzeichnung durch Frankreich erfolgt, stehen bis zum 30. Juni noch zweieinhalb Monate zur Verfügung, mehr als hinreichend Zeit, um die Räumung glatt durchführen zu können, zumal da ja die Franzosen jetzt bereits alle Vorbereitungen treffen und die erforderlichen Rückmarschpläne ausarbeiten können.

Der verstorbene Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat Herrn Briand schon früher einmal gesagt, es hieße, dem französischen Generalstab ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn man ihm nachsagen wolle, daß er für die Bewegung einer — an den großen Kriegsheeren gemessen — kleinen Zahl von Truppen monatelange Vorbereitungen brauchte. Das hat die Franzosen schwer geärgert, eben weil es den Nagel auf den Kopf traf. Sie hätten hier einmal Gelegenheit zu zeigen, daß sie sich nicht an den Buchstaben klammern, sondern auch den Sinn der Verträge erfüllen wollen. Dann würden sie sich mit der Räumung beeilen, die praktisch in zwei bis drei Wochen durchzuführen wäre, so daß schon vor dem 1. Juni kein feindlicher Soldat mehr auf deutschem Boden zu stehen braucht. Aber damit werden wir nicht rechnen dürfen, um so mehr müssen wir Wert darauf legen, daß wenigstens am 30. Juni die Stunde der Befreiung für das besetzte Gebiet endlich geschlagen hat.

xx

Oeffentlicher Anschlag der Hindenburg-Kundgebung.

Berlin, 18. März. (Radiodienst des „S. T.") **Im Reichstag haben die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei den Antrag eingebracht, die Kundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März 1930 über die Haager Beschlüsse öffentlich anzuschlagen.**

Saarkundgebung in Berlin.

Berlin, 18. März. (Eigene Meldung.) Die Frage der Rückgliederung des Saargebiets bildete den Gegenstand eines gestern im ehemaligen Herrenhause in Gemeinschaft mit dem Bund der Saarvereine von der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Landsmannschaften in Berlin veranstalteten Vortragsabends. Das Referat über die „Rückgliederung des Saargebietes und die Saarwirtschaft" wurde vom Stadtverordneten und Gewerkschaftssekretär Piel-Saarbrücken gehalten. Seine Ausführungen gipfelten in der Erklärung: Ohne Saarrückgliederung ist die Befriedung Europas nicht denkbar. Deshalb ist es Pflicht aller am Frieden arbeitenden Mächte, das Saar-Unrecht sofort zu beseitigen. Die von Verwaltungsdirektor Vogel verlesene Entschließung, die einstimmig angenommen wurde, lautete u. a.: Entgegen dem einmütigen Willen der Bevölkerung an der Saar wurde das Saargebiet 1919 einer autokratischen Fremdherrschaft unterstellt. Seine Kohlengruben wurden dem französischen Staat übereignet. Die Industrie wurde unter politischem Druck überfremdet. Die Bevölkerung des Saargebiets verlangt die sofortige Wiedergutmachung dieses ihr zugefügten, in der Weltgeschichte einzig dastehenden schreienden Unrechts. Seit Monaten verhandelt man in Paris über die Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland, bis jetzt ohne jedes positive Ergebnis. Eine Regelung, die nicht auf der von uns geforderten Grundlage fußt, oder die neue Belastungen des deutschen Volkes mit sich bringt, lehnt die Saarbevölkerung einmütig ab.